



26/SVV/0313

Antrag
öffentlich

Bußgelder und Blitzer

<i>Einreicher:</i> Fraktion DIE aNDERE		<i>Datum</i> 16.04.2026
<i>geplante Sitzungstermine</i> 06.05.2026	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen, um die Kontrollen von Geschwindigkeitsüberschreitungen im Straßenverkehr auszuweiten und ggf. die Einnahmen aus Bußgeldern für diese Verstöße zu erhöhen.

Über die eingeleiteten Maßnahmen und die vorgesehene Erhöhung der Bußgeldeinnahmen soll die Stadtverordnetenversammlung spätestens mit der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2027/2028 informiert werden.

Begründung:

Seit Jahren steigt die Zahl der Verkehrsunfälle in Potsdam. Dem kann mit baulichen und verkehrsplanerischen Maßnahmen nur eingeschränkt entgegengewirkt werden, wenn vorgegebene Regelungen nicht durchgesetzt werden. Die Sanktionierung von Geschwindigkeitsüberschreitungen kann auch zu einer Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit und damit zu weniger Lärm und Abgasen beitragen.

Es ist davon auszugehen, dass erforderliche Investitionen in Blitzer schon kurzfristig durch Bußgelder refinanziert werden können.

Anlagen:

Keine